

# e-Government interkommunal

Interview mit Gamal Moukabary, Projekt Ruhr GmbH, über das Projekt Digitales Ruhrgebiet/NRW (d-nrw) und eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft.

*Herr Dr. Moukabary, laut Selbstdarstellung ist das Digitale Ruhrgebiet, das Anfang Dezember offiziell an den Start ging, eines der spannendsten e-Government-Projekte in ganz Europa. Was veranlasst Sie zu dieser Einschätzung?*

Das Projekt ist aus vielen Gründen eines der spannendsten Projekte in Europa. Dies liegt unter anderem daran, dass die Komplexität des Projekts aus technologischer, organisatorischer und rechtlicher

*sitzgesellschaft und privatwirtschaftlicher Betriebsgesellschaft gewählt. Was waren die Hintergründe dieser Entscheidung?*

Ziel der Zusammenarbeit der öffentlichen Hand mit den privaten Partnern ist es, den Nutzen der modernen Technologie zu steigern und einen hohen Wirtschaftlichkeitszuwachs zu erzielen sowie innovatives Denken anzuregen. Dabei sollen die privaten Partner die Möglichkeit er-

halten, einen neuen wachsenden Markt zu erschließen und sich an der Durchführung eines attraktiven Projektes zu beteiligen, während die öffentliche

Hand für einen geringen finanziellen Einsatz ein qualitativ besseres Endprodukt erhalten soll als bei einer herkömmlichen Beschaffung. Die Partnerschaft soll durch die Gründung der Besitz- und der Betriebsgesellschaft rechtlich verankert werden und dient der Erreichung der gemeinsamen Ziele, der Schaffung der infrastrukturellen Voraussetzungen für die regionale e-Government-Plattform sowie der Entwicklung von e-Government-Anwendungen. Die gesellschaftsrechtliche Ausgestaltung soll eine klar definierte Teilung von Aufgaben und Risiken der Partner gewährleisten.

*Welche Grundgedanken standen bei den Verhandlungen mit der Privatwirtschaft im Vordergrund?*

Die Maßgaben lauteten: keine Subventionen des Landes, Sicherung der Einflussnahme für die öffentliche Hand, keine wirtschaftlichen Risiken für das Land NRW beziehungsweise für die öffentliche Hand, kein Wettbewerb zu bereits bestehenden Internet-Portalen der öffentlichen Hand oder zu kommunalen Rechenzentren und schließlich: keine Partizipationspflicht für Kommunen und Rechenzentren.

*Welche Konsequenzen hat die PPP-Struktur für den Ablauf des Leitprojektes?*

Im Rahmen der vereinbarten Entscheidungsmechanismen zwischen der Besitz- und der Betriebsgesellschaft können frühzeitig die Anwendungen abgestimmt werden. Somit kann die öffentliche Hand stets ihre Bedarfe formulieren und die private Seite entwickelt nicht am Markt vorbei. Außerdem werden unsere privatwirtschaftlichen



Dr. Gamal Moukabary

## „Die Maßgabe lautete: Keine wirtschaftlichen Risiken für die öffentliche Hand.“

Sicht enorm groß ist. Hier arbeiten wir intensiv an der Reduzierung dieser Komplexität. Durch die Vielzahl der Akteure und Projektbeteiligten müssen zum Teil divergierende Interessen gebündelt und in eine Richtung gelenkt werden. Das darin enthaltene Risiko bietet aber auch enorme Chancen sowohl für die Region und die öffentlichen Einrichtungen als auch für die beteiligten Unternehmen.

*Für die Realisierung und den Betrieb der zentralen Internet-Plattform wurde eine besondere Form der Public Private Partnership (PPP) aus öffentlicher Be-*

Partner einen vertraglich festgeschriebenen Teil ihrer Gewinne in die Entwicklung neuer Services reinvestieren, die dann den Kommunen und öffentlichen Einrichtungen NRW angeboten werden.

*Eine Reihe von NRW-Städten ist beim e-Government deutschlandweit in der Spitzengruppe. Wie werden diese Kommunen mit ihren Erfahrungen konkret in das Projekt einbezogen?*

Mit diesen Städten finden zurzeit intensive Kooperationsgespräche

## „Unser Projekt wird neue Maßstäbe in Deutschland und Europa setzen.“

statt. Erklärtes Ziel der PPP-Struktur ist es, bestehende Lösungen einzubinden und in die Fläche zu bringen. In der zweiten Stufe werden vor allem neue Anwendungen und Infrastrukturbauwerke angeboten.

*Das Projekt soll in drei Stufen realisiert werden. Ziel der ersten Stufe ist – neben der Schaffung eines Informationsportals – die Erstellung von mehrwertschaffenden e-Government-Anwendungen. Wie ist hier der Stand?*

Derzeit arbeiten wir an der Konzeption eines vertikalen, interkommunalen e-Government-Portals für NRW. Was die ersten e-Government-Services betrifft, haben wir in den Bereichen Public e-Procurement und elektronische Melderegisterauskunft die größten Fortschritte gemacht.

*Die finanzielle Seite ist bei e-Government-Projekten nicht ganz unproblematisch. Welche Instrumentarien sind vor-*

*gesehen, um auch in dieser Hinsicht den Erfolg von d-nrw zu messen?*

Die finanzielle Seite bei e-Government ist tatsächlich sehr entscheidend. Wir setzen ja erstmals in Deutschland transaktionsbasierte e-Government-Anwendungen um. Dadurch ergeben sich ganz neue Chancen. So kann die Privatwirtschaft als Investor auftreten und mit den erzielten Gewinnen die Entwicklung neuer Online-Services finanzieren. Die öffentliche Hand profitiert ebenfalls. Zum einen muss sie nicht in die Entwicklung und die Vermarktung der Services investieren. Zum anderen können durch das elektronische Anbieten von transaktionsbasierten beziehungsweise mehrwertschaffenden Services erhebliche Einsparungen und mehr Einnahmen erzielt werden. Diese zeigen die ersten Analysen in Kommunen. Für innovative Projekte stellt das Land zudem 25 Millionen Euro zur Verfügung.

*Innenminister Fritz Behrens sieht das Projekt als „Motor der Verwaltungsmodernisierung für das Ruhrgebiet und darüber hinaus“. Ist damit auch eine Zusammenarbeit mit dem e-Government-Musterland Niederlande gemeint?*

Selbstverständlich ist die Zusammenarbeit mit den Niederlanden wünschenswert und wir haben die Chance, von den Nachbarn zu lernen. Ich würde die Aussage von Minister Behrens zudem dahingehend interpretieren, dass wir auch innerhalb der föderalen Struktur Deutschlands eine intensive Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ländern anstreben sollten. Auch die interkommunale Zusammenarbeit innerhalb von NRW



Typisch Ruhrgebiet: Tradition und Moderne.

kann durch die Kooperation nachhaltig gestärkt werden.

*Ein Blick in die Zukunft: Wie sieht d-nrw nach der Realisierung der dritten Stufe aus?*

Es wird ein vollintegriertes vertikales e-Government-Portal entstanden sein, dessen zentrale Funktionalitäten von der Mehrzahl der NRW-Kommunen genutzt werden. Für die Bürger und Unternehmen wird es zudem eine Vielzahl von Transaktionsservices geben, so dass Verwaltungsangelegenheiten bequem und schnell vom Schreibtisch aus erledigt werden können. Unser Projekt wird auf diese Weise neue Maßstäbe in Deutschland und Europa setzen.

Interview: Sabine Schutz

### d-nrw auf der CeBIT 2003

Am Stand der Projekt Ruhr GmbH werden Lösungen präsentiert, die aus dem Projekt d-nrw bislang hervorgegangen sind. Schwerpunkte sind die Themen Public e-Procurement und elektronische Melderegisterauskunft. Sie finden d-nrw in Halle 3, Stand C03, sowie im enac-Bereich (Halle 11), Stand D64.

• [www.d-nrw.de](http://www.d-nrw.de)